

Wahlaufruf zur Europawahl

10-Punkte-Papier

**Beschluss des
Landesvorstands
der CDU Nordrhein-Westfalen
vom 25. April 2014 in Düsseldorf**



CDU

NRW in Europa

10-Punkte-Papier zur Europawahl

Nordrhein-Westfalen ist eine zentrale Region in der Europäischen Union. Der ökonomische, soziale und politische Nutzen der europäischen Einigung ist für das Industrieland NRW von großer Bedeutung.

Wir wollen dies durch eine Vertiefung der Zusammenarbeit insbesondere mit den Benelux-Staaten verstärken.

Die Chancen des EU-Binnenmarktes können wir aber nur bei einer guten Landespolitik nutzen. Der von der Landesregierung geplante Landesentwicklungsplan mit seiner Zentralisierung behindert drastisch die Entwicklung mittelständischer Unternehmen, die den Kern unseres Wirtschaftserfolges ausmachen, und damit auch die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in vielen Landesteilen. Eine verfehlte Bildungs- und insbesondere Hochschulpolitik vermindert auf Dauer die Wettbewerbsfähigkeit von NRW. Dies gilt auch für die Energiepolitik in zunehmendem Maße.

Die Gefahren, die von der russischen Annexionspolitik ausgehen, und die Gewalt, die täglich in der südlichen Nachbarschaft der EU geschieht, zeigen aber auch, dass die europäische Einheit ihre besondere Bedeutung als politisches Projekt hat. Deutschland und damit NRW sind von Staaten umgeben, die in einer Rechtsgemeinschaft auf der Grundlage gemeinsamer Werte leben und deren Interessen durch den Binnenmarkt und einer Währung tief miteinander verbunden sind.

Das sind die besten Voraussetzungen, untereinander Frieden zu bewahren und nach außen zu sichern. Nur gemeinsam haben wir Europäer die Stärke, unsere Interessen in der Welt zu sichern und den Herausforderungen dieser Welt gerecht zu werden.

1. Europa bringt Beschäftigung und Wachstum in NRW

Für den Standort NRW sind Binnenmarkt und Euro unverzichtbar. Der Export aus NRW allein in die Beneluxstaaten (Belgien, Niederlande, Luxemburg) ist höher als unsere Exporte in die USA oder nach China. Aus einem Chaos von 150.000 nationalen technischen Standards entstanden durch den EU-Binnenmarkt rund 19.000 verlässliche EU-Normen: eine Riesenerleichterung für den exportorientierten Mittelstand.

Seit Jahren nimmt der Industrieanteil an der Wirtschaftsleistung in Europa ab, da in anderen Teilen der Welt oft bessere Voraussetzungen vorliegen, um industriell wettbewerbsfähig zu produzieren. In der anhaltenden Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise hat sich gezeigt, dass diejenigen Mitgliedstaaten die Krise besser meistern, die weiterhin auf eine leistungsfähige Industrie setzen können. NRW ist ein bedeutender Standort für den Maschinenbau, die Elektroindustrie, die Automobilindustrie und die Kunststoff- und Chemiebranche. Auch Stahl, Aluminium oder Papier werden in NRW produziert. Gerade in den energieintensiven Bereichen dürfen wir den Standort NRW nicht gefährden. Europa muss sich viel stärker als bisher auf seine industrielle Wettbewerbsfähigkeit konzentrieren, um den negativen Trend der schleichenden De-Industrialisierung Europas und möglicherweise Deutschlands und NRWs umzukehren.

Deshalb unterstützen wir das von der EU-Kommission vorgeschlagene Ziel, bis 2020 wieder 20 Prozent des BIP im verarbeiteten Gewerbe zu erwirtschaften. Dafür brauchen wir mehr Investitionen in Forschung und Entwicklung und eine Politik, die Investoren die notwendige Freiheit und Planungssicherheit lässt. Um das zu erreichen unterstützen wir auch das Ziel 3 Prozent des BIP die Forschung und Entwicklung zu investieren. Neue EU-Gesetzesvorhaben müssen daran gemessen werden, ob sie diesem Ziel dienen oder nicht. Weniger bürokratische Vorgaben und eine wirklich europäische, langfristig ausgerichtete Industriepolitik sind die Ziele der CDU Nordrhein-Westfalen.

Wir wollen den europäischen Binnenmarkt vollenden; hier ist noch vieles zu tun: einheitlichen und besseren Datenschutz, gemeinsame Unternehmensrechtsformen, die dem Mittelstand grenzüberschreitende Betätigung weiter erleichtert; Schaffung des Energiebinnenmarktes für Strom und Gas, ein europäisches Aktionsprogramm gegen die weltweit zunehmende Wirtschaftsspionage und gegen Produkt- und Markenpiraterie.

2. *Der Euro ist unsere Währung für eine starke EU*

Der Euro ist für die NRW-Exportwirtschaft, insbesondere für den Mittelstand, wichtig, weil Währungssicherheit auf ihren wesentlichen Märkten große Vorteile bringt. Wir haben unter großen Anstrengungen die Finanz- und Schuldenkrise überwunden. Die Verbindung von Rettungsmaßnahmen und Reformpolitik zeigt ihre Wirkung. Modernisierung und langfristige Verlässlichkeit der sozialen Sicherungssysteme, ausgewogene Reformen auf dem Arbeitsmarkt und umfassende Privatisierungen müssen weiter vorangetrieben werden.

Die Krise hat gezeigt, dass alle EU-Mitgliedstaaten heute so sehr miteinander verflochten sind, dass jeder seinen Beitrag zum wirtschaftlichen Erfolg der EU und damit zur wirtschaftlichen Sicherheit der EU-Bürger leisten muss. Der Europäische Stabilitätsmechanismus (Rettungsfonds) bietet zusammen mit dem EU-Fiskalvertrag (nationale Schuldenbremsen) und einem gehärteten Stabilitäts- und Wachstumspakt (automatische Defizitverfahren, „europäisches Semester“ und Strukturreformen) weitere Gewähr, dass nationalem Fehlverhalten und ausufern der Schuldenpolitik innerhalb der Eurozone vorgebeugt wird. Diese Politik wollen wir in der neuen Legislaturperiode fortsetzen. Sie ist Bedingung für Nachhaltigkeit und Wachstum.

Notwendige Reformen dürfen nicht wieder durch eine Erleichterung staatlicher Schuldenaufnahme umgangen werden. Wir lehnen alle Vorschläge, die auf eine Vergemeinschaftung von Schulden innerhalb der Eurozone abzielen (Eurobonds, Altschuldentilgungsfonds,) entschieden ab. Auf dem Weg in die „echte“ Wirtschafts- und Währungsunion müssen Reformen der Schuldenstaaten unumkehrbar greifen. Durch die Bankenunion wird der Finanzsektor so kontrolliert und reguliert, dass künftig Steuerzahler und Staaten nicht mehr für Fehlleistungen von Teilen dieses Sektors aufkommen müssen.

3. *NRW ist Verkehrsknotenpunkt in Europa*

Die Verkehrsinfrastruktur in NRW ist ein großer Standortvorteil im weltweiten Wettbewerb. Unsere Verkehrspolitik soll deswegen diesen Vorteil durch gezielte Investitionen ausbauen. Dabei geht es nicht nur um Neu- und Ausbau, sondern es kommt darauf an, alle Verkehrsträger besser miteinander zu verknüpfen.

NRW liegt in der Mitte Europas; es ist Durchgangsland der wichtigsten Verkehrsströme in der EU. Wir wollen daher erreichen, dass NRW von 2014 bis 2020 in entsprechendem Maß an der Förderung von Verkehrsinfrastrukturprojekten in Höhe von 15 Milliarden Euro beteiligt wird. Dies gilt für den Ausbau und die Sanierung

von Autobahnen (u. a. A 1, A 4, A 30, A 33), Schienenstrecken (u. a. Hamburg-Ruhrgebiet, Frankfurt-Köln-Lüttich, Betuwelinie) und Wasserstraßen (u. a. Rhein, Rhein-Herne-Kanal, Mittellandkanal).

Grenzüberschreitender Schienenverkehr ist die wichtigste Alternative zu den überlasteten Straßennetzen. Deshalb brauchen wir eine technische Harmonisierung von Sicherheits- und Qualitätsnormen, eine bessere Abstimmung der Streckenvergabe durch die Mitgliedstaaten, unabhängige Regulierungsbehörden sowie transparente Vorschriften für die Berechnung der Trassenpreise. Lärmschutz muss bis 2020 durchgesetzt werden, unter anderem durch ein EU-weites Durchfahrverbot für nicht unseren Normen entsprechende Züge.

4. • *Wir in Europa: Unterstützung für Kommunen in NRW*

Unsere Politik in Brüssel stärkt die kommunale Selbstverwaltung. Zwei Drittel der auf EU-Ebene verabschiedeten Richtlinien und Verordnungen betreffen die Kommunen. Die Umsetzung europäischer Vorgaben in den Kommunen prägt das Bild, das sich die Menschen von der Europäischen Union machen. Wir wollen daher überschaubare und nachvollziehbare Regelungen und transparente Abläufe, möglichst wenig Bürokratie und nicht zuletzt eine zukunftsweisende regionale Förderpolitik.

Die Festlegung des Vertrages von Lissabon, die kommunale Selbstverwaltung zu stärken, muss in der Praxis Anwendung finden. Wir sind daher für klare Gestaltungsmöglichkeiten der Kommunen in der Tradition der kommunalen Selbstverwaltung. Dies gilt bei der öffentlichen Auftragsvergabe, bei unserer Trinkwasserversorgung ebenso wie bei den Rettungsdiensten. Effizienz und Transparenz kommunaler Verwaltung sind in unser aller Interesse, einer EU-Richtlinie für die kommunale Daseinsvorsorge bedarf es hingegen nicht.

Europa soll auch weiterhin den Strukturwandel in NRW begleiten: Die für 2014 bis 2020 vorgesehenen gut 3,4 Milliarden Euro aus Brüssel müssen optimal, effizient und vollständig eingesetzt werden. Hierfür werden wir die notwendige Hilfestellung gewährleisten.

NRW lebt von der Zusammenarbeit der Regionen untereinander. Die Entscheidung der CDU-geführten Landesregierung, Ziel 2 Mittel im Wettbewerb zu vergeben, hat zu fruchtbaren Kooperationen zwischen Universitäten, Kommunen und Unternehmen sowohl im Ruhrgebiet wie auch außerhalb des Ruhrgebiets geführt. Nur gemeinsam, wenn die besten Köpfe aus allen Landesteilen zusammenkommen, haben wir die Chance, Innovationen voranzubringen und uns gegenüber anderen Regionen innerhalb der EU und vor allen Dingen am Weltmarkt durchzusetzen.

Um eine faire Teilhabe an der digitalen Entwicklung zu gewährleisten, brauchen wir für den ländlichen Bereich einen verstärkten Breitbandausbau, der auch über europäische Fördergelder ermöglicht werden muss. Der Ausbau der digitalen Infrastruktur birgt ein Potenzial, das es zu nutzen gilt. Davon können unterschiedliche Bereiche profitieren: die Wirtschaft, der Bildungssektor oder öffentliche Verwaltungen. Im öffentlichen Bereich können die Strukturen verbessert und Effizienzsteigerungen erreicht werden, beispielsweise im Bereich eGovernment und Public Sector Information.

Die Kommunen müssen stärker in die europäische Entscheidungsfindung eingebunden werden. Hierbei kommt dem Ausschuss der Regionen (AdR) eine besondere Rolle der Vermittlung zu. Der AdR muss den Kommunen die europäischen Entscheidungsprozesse transparenter machen und vermitteln. Auf dieser Grundlage können die Kommunen stärker an der Erarbeitung der deutschen Positionen im Rat beteiligt werden und ihre Position im Ausschuss der Regionen ausbauen.

5. Weniger Bürokratie auf allen Ebenen

Die EU hat sich dem Bürokratieabbau verschrieben; unter Leitung von Edmund Stoiber sind viele richtige Dinge angestoßen worden. Diese Initiativen müssen fortgeführt werden, an der richtigen Stelle und mit dem richtigen Ziel. Viel Bürokratie entsteht allerdings nicht „in Brüssel“, sondern erst durch die Umsetzung in den Mitgliedstaaten. Gerade Nordrhein-Westfalen ist führend beim „Draufsatteln“ auf europäische Regeln und lenkt so von eigener Überregulierung ab. Bürokratieabbau soll nicht dazu führen, dass Umweltschutz- oder Sicherheitsstandards verwässert werden. Es gilt, im wahrsten Sinne des Wortes „effiziente“ Gesetzgebung zu betreiben.

Wir brauchen ein Frühwarnsystem auf europäischer Ebene, insbesondere für Maßnahmen, die den Mittelstand betreffen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass in allen künftigen EU-Gesetzgebungen geprüft wird, ob kleine und mittlere Unternehmen von bestimmten Regelungen ausgenommen werden können. Wir wollen deshalb einen unabhängigen EU-Normenkontrollrat schaffen.

6. Arbeitnehmerfreizügigkeit und Armutsmigration

Die Arbeitnehmerfreizügigkeit ist einer der vier Grundpfeiler des EU-Binnenmarktes. Wir wollen dies erhalten, ein Binnenmarkt ohne Arbeitnehmerfreizügigkeit kann nicht funktionieren. Die EU hat zur Umsetzung klare Regeln erlas-

sen. Daher gilt, dass jeder EU-Bürger, der sich in NRW niederlassen will um hier zu arbeiten und zu leben, willkommen ist; und er kann dies in gleicher Weise und mit den gleichen Rechten wie jeder Deutsche tun.

Insbesondere NRW hat aber in den letzten Jahren Erfahrungen mit Armutsmigration aus EU-Mitgliedstaaten machen müssen. Es handelt sich hier um Scheinselbstständigkeit, Schwarzarbeit und vor allem fehlende Durchsetzung des bestehenden deutschen und EU-Rechts.

Ein Missbrauch der Arbeitnehmerfreizügigkeit zur Einwanderung in Sozialsysteme muss konsequent verhindert werden. Wir brauchen eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen den Behörden, einen besseren behördlichen Datenaustausch, Sperren zur Wiedereinreise sowie Beschränkungen beim Anspruch auf Sozialleistungen.

Soweit allerdings die unter EU-Recht bestehenden Möglichkeiten des deutschen Gesetzgebers hierfür nicht ausreichen, müssen Klarstellungen im EU-Recht selber, etwa in der Freizügigkeitsrichtlinie, ins Auge gefasst werden.

7. Energiepolitik, Ressourcenschutz und Nachhaltigkeit

Hohe Energiepreise belasten Verbraucher und Industrie gleichermaßen. Wir setzen uns dafür ein, den Anstieg der Energiepreise in Europa zu beenden. An diesem Ziel messen wir, neben dem Aspekt der Versorgungssicherheit und der Umweltfreundlichkeit, neue Gesetzesvorhaben in diesem Bereich. Bei den neuen Energie- und Klimazielen für 2030 müssen die Fehler der Vergangenheit vermieden werden. Daher müssen wir stärker auf eine Abstimmung der verschiedenen Ziele untereinander und auf die Kosteneffizienz achten.

Wir setzen uns weiterhin auch für eine Verbesserung der Energieeffizienz in Nordrhein-Westfalen, Deutschland und Europa ein. Dabei setzen wir vor allem auf Anreize, Ordnungsrecht sollte nur in besonders begründeten Ausnahmefällen angewandt werden.

Für die erneuerbaren Energien sehen wir die großen Chancen, die bei einer Förderung auf EU-Ebene bestehen. Für die Zeit nach 2020 streben wir einen EU-weiten Rahmen für die Förderung der Erneuerbaren Energien an, damit die geografischen Vorteile regenerativer Energie in Europa endlich angemessen genutzt werden. Wir unterstützen den Ausbau der Energienetze und Interkonnektoren in Europa und sehen darin eine Chance, die variable Einspeisung aus Sonne und Windkraft mit Hilfe unserer Nachbarn besser auszugleichen.

Wir wollen langfristig eine starke industrielle Basis für Deutschland und Europa sichern, um die Wirtschaftskraft und den Wohlstand in Deutschland und Europa zu erhalten. Die Wirtschaft benötigt einen verlässlichen Rechtsrahmen sowie eine

langfristig gesicherte Versorgung mit Rohstoffen. Hier geht es nicht nur um Öl, Gas, Kohle und die oft genannten „Seltenen Erden“ oder andere High-Tech-Rohstoffe, sondern auch um Phosphor, Kupfer und vieles mehr. Die fast völlige Abhängigkeit der EU von Importen birgt Gefahren für die Wettbewerbsfähigkeit Europas!

Wir wollen daher eine effizientere Nutzung dieser Rohstoffe, mehr und qualitativ hochwertigeres Recycling, dies verbunden mit der Sicherung von Importwegen und der Rückbesinnung auf eine umweltgerechte Förderung in Europa. Damit erreichen wir gleichzeitig, dass wir die dafür nötigen Effizienztechnologien auch weltweit exportieren können und zudem Treibhausgase reduzieren.

Energie ist auch eine Frage der Sicherheitspolitik, wie wir in diesen Tagen erleben. Deshalb benötigen wir dringend eine wirkungsvolle gemeinsame Energiesicherheitspolitik.

8. Verbraucher können auf Europa vertrauen

Nordrhein-Westfalen ist eine dicht besiedelte Region im Herzen der Europäischen Union. Konflikte zwischen Anliegen der Bevölkerung, z.B. bei Umwelt- und Verbraucherschutz, und berechtigten Interessen von Industrie und Landwirtschaft treten daher oft in besonders zugespitzter Form auf. Die Lösung kann unserer Ansicht nach aber nicht darin bestehen, dass der Landwirtschaft oder Industrie bei uns härtere Auflagen gemacht werden als in anderen Teilen Deutschlands und Europas.

Ein Klimaschutzgesetz, das auf NRW begrenzt ist und nordrhein-westfälischen Unternehmen härtere Auflagen macht als Unternehmen in Niedersachsen oder den Niederlanden, belastet unsere Industrie einseitig und löst das Problem nicht. Ebenso sieht es im Bereich von Tierschutz- und Hygieneauflagen in der Landwirtschaft aus.

Es ist Aufgabe und Recht der kommunalen Gebietskörperschaften, ihrer Kontrollpflicht nachzukommen. Wir wenden uns deswegen gegen Vorhaben der Landesregierung, die im EU-Recht vorgesehene Einführung von Pflichtgebühren als Vorwand für die Zentralisierung und eine unsinnige Vervielfältigung von Kontrollen zu missbrauchen, um die Einnahmen über massiv erhöhte Gebühren zu steigern.

Wir lehnen auch die Einführung einer Hygieneampel für gastronomische Betriebe ab, weil nicht sichergestellt ist, dass einheitliche Prüfkriterien und Prüfabstände sowie gegebenenfalls zügige Nachkontrollen gewährleistet werden.

Bei der Lebensmittelsicherheit haben wir in der EU die höchsten Standards der Welt. Wir haben mit den ab Dezember 2014 geltenden, neuen Kennzeichnungsre-

geln lesbare, verständliche und vergleichbare Verbraucherinformationen über die Zusammensetzung und den Nährwertgehalt von Lebensmitteln und gegen Irreführung durchgesetzt. Aber wir sind nach wie vor gegen „Überkennzeichnung“ und den Versuch der Verbrauchererziehung, zum Beispiel über Warnhinweise auf Lebensmittelverpackungen oder eine Verpflichtung zur Senkung des Salzgehaltes in Lebensmitteln.

Grenzüberschreitende Fragen verlangen europäische Antworten. Daher treten wir für eine gute europäische Umwelt- und Verbraucherschutzpolitik ein, aber gegen Draufsatteln in Deutschland und NRW.

9. *Globales Internet erfordert eine starke EU*

Wir sind der Überzeugung, dass der weltweite Datenverkehr ähnlich dem Straßenverkehr eine globale „Datenverkehrsregelung“ benötigt. Der Schutz personenbezogener Daten ist ein Grundrecht und muss gelebte Realität für die Bürgerinnen und Bürger Europas bleiben.

Die bestehende europäische Datenschutzrichtlinie aus dem Jahr 1995 ist vom digitalen Zeitalter überholt, ihre Reform stockt bislang. Wir wollen in der neuen Legislaturperiode ein einheitliches EU-Recht mit einem hohen Datenschutzniveau für alle EU-Bürger verabschieden.

Jeder muss erfahren können, wer seine Daten wann und wofür verarbeitet und auf welcher Rechtsgrundlage dies geschieht. Jeder muss das Recht haben, seine Daten löschen und berichtigen zu können. Daten von Kindern und Jugendlichen bedürfen eines besonderen Schutzes und sollten nur mit der Einwilligung der Erziehungsberechtigten verarbeitet werden dürfen. Angemessene und effektive Sanktionen müssen für die gelten, die unser Recht ignorieren – unabhängig davon, von welchem Staat aus sie sich an die europäischen Bürgerinnen und Bürger wenden.

Das neue europäische Datenschutzrecht sollte auch eine Meldepflicht für Unternehmen, die Daten an Behörden in Drittstaaten weitergeben, enthalten, sowie eine bessere Durchsetzung europäischer Datenschutzstandards gegenüber Anbietern aus Drittstaaten vorsehen.

Wir setzen uns zudem dafür ein, die europäischen Kommunikationsverbindungen gegen Massenausspähungen sicherer zu machen. Hierzu fordern wir ein europäisches Routingsystem, die europäische Verarbeitung von Verbindungsdaten sowie den Einsatz von Verschlüsselungstechnologie. Zum Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger halten wir auch die Aufkündigung der sogenannten Safe-Harbor-Entscheidung für zielführend, um zu gemeinsamen neuen transatlantischen Datenschutzstandards im kommerziellen Bereich zu kommen.

Wir setzen uns für den offenen Zugang zum Internet ein. Die technische Konvergenz der Medien prägt die aktuelle Entwicklung der Medienwelt. In Zukunft werden sich daher medienrechtliche und netzpolitische Fragen immer stärker überschneiden.

Die europäische Politik muss den Rechtsrahmen an die neuen Bedingungen anpassen. Angesichts der zunehmenden Konvergenz ist es wichtig, ein neues Verständnis zu entwickeln, wie audiovisuelle Medien, elektronische Dienste und Anwendungen zusammenwirken. Wir setzen uns für ein einheitliches Regulierungsniveau für audiovisuelle Medien, elektronische Dienste und Anwendungen ein. Bestehende Überregulierung wollen wir abbauen. Wir wollen für alle Medien faire Wettbewerbschancen.

Wir setzen uns dafür ein, die Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste zu überprüfen und anzupassen. Außerdem lehnen wir weitere Werbeverbote ab. Wir wollen mediale Vielfalt und journalistische Chancengleichheit im Internet auch auf europäischer Ebene sicherstellen.

Deshalb setzen wir uns für Netzneutralität ein: Bestimmte Daten dürfen bei der Durchleitung im Internet nicht bevorzugt werden. Zudem wollen wir Plattformneutralität: Gleichgültig ob Smartphone, Tablet, PC oder internetfähiger Fernseher – Filme, Fernsehen und Videos müssen auf allen Endgeräten leicht auffindbar und zugänglich sein.

10. *Europa in der Welt*

Wir fordern eine politische Konsolidierung der EU vor weiteren Erweiterungen. Für unsere Nachbarstaaten muss es auf die jeweiligen Bedürfnisse angepasste bilaterale Kooperationsangebote geben, anstatt gleich zur Eröffnung von Beitrittsverhandlungen überzugehen.

Wir wollen eine herausragende Rolle der EU in der Friedens- und Wertegemeinschaft und ein gemeinsames Auftreten in der globalisierten Welt. Die EU muss in der rasant fortschreitenden Globalisierung dort stärker werden, wo der einzelne Mitgliedsstaat keine ausreichende nationale Antwort mehr hat. Das ist die Regulierung der internationalen Finanzmärkte, der Welthandel, Energie- und Rohstoffsicherheit, der internationale Umweltschutz, Entwicklungspolitik, die Terrorbekämpfung und die Sicherheitspolitik.

Eine Vollmitgliedschaft der Türkei lehnen wir ab, weil sie die Voraussetzung für einen EU-Beitritt nicht erfüllt. Angesichts der Größe des Landes und seiner Wirtschaftsstruktur wäre zudem die Europäische Union überfordert.